

Steuern klug senken

MEINUNG Das Arbeitseinkommen von Rentnern sollte weniger belastet werden. Ebenso sollten Leute, die mehr arbeiten als eine Referenzarbeitszeit, profitieren. Sinnvoll wäre auch ein Abzug für Inflationsverluste auf Kapitalertrag. **REINER EICHENBERGER**

Dauernd wird in der Politik über Ungleichheit, Überalterung, Arbeitskräftemangel und so weiter geredet. Dabei wird eine entscheidende Problemursache zumeist ignoriert: die drückende Steuerlast. Wer sie doch anspricht, will sie zumeist nicht abbauen, sondern umverteilen und oft noch erhöhen. Typisch dafür ist eine neue, medienwirksame Arbeit von «Netzwerk Steuergerechtigkeit» und Oxfam zur Steuerbelastung von Mittelstandsfamilien, Multimillionären und Milliardären in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sie findet einerseits, was jeder wissen sollte: In der Schweiz werden die Reichen relativ hoch besteuert.

Gemäss der Arbeit haben nur hier mehrfache Millionäre (mit Daten von Zug) und Milliardäre (mit Einzelfällen aus Basel-Stadt und Waadt) mit 19 und 32% eine höhere Gesamtsteuerbelastung als Durchschnittsfamilien mit 15% (wiederum Zug). Hingegen zahlen Millionäre und Milliardäre in Deutschland und Österreich angeblich deutlich weniger als Durchschnittsfamilien.

Die Pointen zeigen sich nur mit genauem Lesen. Bei den Durchschnittsfamilien sind neben den Steuern (Einkommens-, Unternehmens- und Vermögenssteuern) auch die einkommensabhängigen Abgaben (Arbeitslosen-, Pflege-, Kranken- und Pensionskassen; für die Schweiz nur erste Säule) eingerechnet.

Hingegen bestehen die «Einkommen» der Reichen grösstenteils aus in ihren Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften einbehaltenen Gewinnen. Die Reichen können also ihr «Einkommen» ohne Ausschüttung und so nochmaliger hoher Besteuerung nicht frei verwenden und erhalten für die bezahlten Steuern keine direkte Gegenleistung. Hingegen können die Durchschnittsfamilien frei über ihr Einkommen verfügen und erhalten für die Sozialabgaben direkte persönliche Gegenleistungen. Der Vergleich ist also ziemlich abstrus.

Mehr oder weniger arbeiten?

Wie oft bei solchen «Studien» wurde die Wahrheit in Tabellenzeilen versteckt, die aber im Text unerwähnt bleiben. Da wird die reine Steuerbelastung (also ohne Sozialabgaben) angeführt. Sie beträgt im Kanton Zug für Multimillionäre 18%, für Durchschnittsfamilien hingegen nur 0,3%. Die prozentuale Steuerlast von Multimillionären auf ihre nicht frei verfügbaren Einkommen ist also 60-mal so hoch wie diejenige von Durchschnittsfamilien für frei verfügbares Einkommen. In Deutschland und Österreich ist sie hingegen «nur» 2,2- und 4-mal höher.



«Bei höheren Einkommen steigt die Grenzbelastung auf fast 50%.»

Solche Diskussionen über Steuern leiden nicht nur an frivoler Beliebigkeit, sondern fokussieren zumeist auf die Gesamtbelastung und ignorieren die für viele gesellschaftlichen Probleme viel wichtigere Grenzbelastung, also die steuerliche Belastung von zusätzlichem bzw. entfallendem Einkommen. Sie beträgt für Durchschnittsverdiener in vielen Kantonen um die 40%: rund 30% Steuern plus die Sozialabgaben, da diese schon Durchschnittsverdienern an der Grenze keine zusätzlichen Sozialleistungen mehr bringen und so wie Steuern wirken. Bei höheren Einkommen steigt die Grenzbelastung dann auf gegen 50%. Hinzu kommt, dass bei der Verwendung des so verbleibenden Einkommens auch noch Mehrwertsteuern von 8,1% anfallen. So beträgt die gesamte steuerliche Grenzbelastung von Arbeitseinkommen 45 bis 55%.

Was bedeutet es, wenn Menschen die Hälfte der Früchte ihrer Arbeit weggenommen wird? Das hängt von ihren Lebensumständen ab. Wenn die Menschen entweder Vollzeit bis zur ordentlichen Pensionierung oder gar nicht im Markt arbeiten, ist die Steuerhöhe wenig bedeutsam. Wenn aber die Frauen

oft und die Männer immer öfter Teilzeit arbeiten und der altersbedingte Rückzug aus der Marktarbeit zunehmend individualisiert wird, spielen Steuern eine immer wichtigere Rolle. Denn die persönlichen Entscheide hinsichtlich Markt- vs. Familienarbeit, Beschäftigungsgrad sowie Zeitpunkt und Geschwindigkeit des Rückzugs aus dem Arbeitsmarkt hängen entscheidend von der Höhe der Grenzsteuerbelastung ab.

Das Problem mit den Steuern hat eine im Prinzip erfreuliche Ursache: Arbeit und Wertschöpfung, die ohne Bezahlung erbracht wird, kann kaum besteuert werden, so etwa Arbeiten im eigenen Haushalt und «nichtmarktliche» Leistungen und Gegenleistungen für Familie, Bekannte und Freunde. Doch gerade das bewirkt, dass die Menschen aus gesellschaftlicher Sicht zu wenig marktlich und zu viel nichtmarktlich arbeiten. Denn sie tendieren dazu, ihre Zeit selbst dann für nichtmarktliche Arbeit einzusetzen, wenn die marktliche Arbeit eine gesellschaftliche höhere Wertschöpfung hätte, aber ihr Einkommen daraus durch die Besteuerung unter den Wert der nichtmarktlichen Alternative gedrückt wird.

Die «Marktarbeitsbremse» wirkt umso mehr, je höher die Grenzsteuerbelastung ist. Denn es geht ja um die Frage: Soll man ein bisschen mehr oder weniger (im Markt) arbeiten? Beim Kapitaleinkommen wirkt noch ein zusätzlicher Effekt: Weil die nominellen, durch Inflation aufgeblähten Einkommen besteuert werden, wir-

ken die Steuern oft konfiskatorisch. So lagen die nominellen Zinsen sicherer Anlagen wie vieljähriger Schweizer Bundesobligationen seit 1950 durchschnittlich bei ungefähr 3%, wobei die Inflation rund 2% und so die realen Zinsen etwa 1% betrug. Damit wurden Kapitaleigentümer auf Basis des Dreifachen ihres realen Einkommens besteuert.

Die Überbesteuerung ist besonders dramatisch in festverzinslichen Anlagen. Während Aktien- oder Immobilienwerte tendenziell mit der Inflation mitwachsen, sinkt die Kaufkraft der nominell festgeschriebenen Werte wie Obligationen oder Festgeldanlagen. Zwar wachsen ihre Zinsen mit der Inflation, um die Kaufkraftverluste des verliehenen Kapitals zu kompensieren. Aber die Eigentümer des Kapitals müssen ihre aufgeblähten nominellen Zinseinkommen voll versteuern, ohne dass sie die Kaufkraftverluste steuerlich anrechnen können. So lohnt es sich nicht mehr, mit wenig riskanten Anlagen wie Bundesobligationen zu sparen. Damit wird die private Kapitalbildung von Personen mit wenig Finanzmarktkenntnis und schmalen Budget weitgehend ausgehebelt, mit schweren verteilungspolitischen Folgen.

Somit kommen wir zurück zum Anfang: Unsere grossen Probleme – Überalterung, Ungleichheit, Arbeitskräftemangel etc. – können wir nur lösen, indem wir mehr arbeiten. Dafür müssen wir besonders diejenigen, die zu niedrigen und mittleren Löhnen viel arbeiten und gerne ein eigenes Vermögen ansparen würden, einen grösseren Teil ihrer Früchte lassen.

Drei Rezepte

Dafür braucht es dreierlei: Wir müssen das Arbeitseinkommen derjenigen, die im Rentenalter noch arbeiten, geringer besteuern. Dafür gibt es verschiedene Wege. Mein Lieblingsmodell ist «Safe AAA», die «Sicherung der Altersvorsorge durch freiwillige Erwerbsarbeit im Alter dank Anreizen». Dabei wird unter anderem Arbeitseinkommen ab dem Alter von 66 oder 67 bis zu einer gewissen Grenze, zum Beispiel 200'000 Fr. jährlich, nur noch mit dem halben Satz besteuert.

Zweitens sollten Menschen, die länger arbeiten als eine bestimmte Referenzarbeitszeit, zum Beispiel 34 oder 36 Stunden wöchentlich, für jede über die Referenz hinausgehende Arbeitsstunde einen Einkommensabzug von beispielsweise 30 oder 40 Fr. machen können.

Drittens sollte nur noch der reale Kapitalertrag besteuert werden. Das geht ganz einfach mit einem Steuerabzug für Inflationsverluste – berechnet als Produkt der Inflationsrate mal Wert der Anlagen mit festen Nominalwerten (Obligationen, Bankguthaben, Festgeldanlagen).

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center of Research in Economics, Management and the Arts.

Auf die Plätze...

Fast täglich fragt mich jemand, ob wir das Börsenspiel nochmals machen, und wenn ja, wann es endlich wieder losgeht. Viele können es kaum erwarten, ihren Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, dass sie in der letzten Saison unter Wert geschlagen wurden. Oder sie wollen den Titel in ihrer eigenen Liga verteidigen, um zu beweisen, dass die Volltreffer nicht nur Glück waren.

Ich hoffe, ich mache Ihnen eine Freude, wenn ich Ihnen sage, dass Sie sich ab sofort für die zweite Saison des FuW-Börsenspiels auf börsenspiel.fuw.ch registrieren und auch Ihr Portfolio mit mindestens fünf Aktien auswählen können. Dabei gibt es ein Swissquote-Konto gefüllt mit 10'000 Fr. sowie schöne Wochenpreise zu gewinnen. Richtig gezählt wird ab dem 13. Mai. Acht Wochen später wird abgerechnet. Dazwischen heftig gekauft und verkauft.

Über 16'000 Spieler haben sich letzte Saison angemeldet. Der Gewinner hat eine Performance von satten 37,1% hingelegt, und zwei Drittel der Spieler haben den Index geschlagen. Eine stolze Leistung. Die beliebtesten Aktien vom letzten Herbst waren Logitech, Meyer Burger und UBS. Das perfekte Portfolio wäre ein Team aus Montana Aerospace, Cosmo, Doc-Morris, Logitech und Landis+Gyr gewesen. Am Schluss der Rangliste lagen Meyer Burger, Julius Bär, Pierer Mobility, Medmix und Leonteq.

Wie beeinflussen die Leitzinsentscheidungen den Spielverlauf, wie die Unternehmensabschlüsse und wie die Wirtschaftsentwicklung per se? Sind defensive Aktien gefragt oder doch eher Risikotitel? Ein Tipp: Versuchen Sie nicht, in nur acht Wochen ein Portfolio aus reinen Turnaround-Wetten zusammenzubauen.



JAN SCHWALBE
Chefredaktor
zum Thema
FuW-Börsenspiel

Spaniens Politik als Parodie

MEINUNG Premier Pedro Sánchez spaltet und radikalisiert die Gesellschaft. **SINFORIANO DE MENDIETA**

Der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez hat sich als Komödienmeister entpuppt. Als am Mittwoch von einer Woche bekannt wurde, dass ein Richter Ermittlungen wegen Korruptionsverdacht gegen seine Ehefrau Begoña Gómez aufgenommen hatte, beschloss er kurzerhand, dem verutzten Volk einen verworrenen Brief zu schreiben, in dem er «ominöse, rechtsstehende Kreise» bezichtigte, eine Diffamierungskampagne gegen ihn und seine Familie zu orchestrieren.

Ergo lasse er für fünf Tage die Amtsgeschäfte ruhen, um über einen Rücktritt nachzudenken und zu entscheiden, ob sich ein Weitermachen lohnt. Gesagt, getan. Der Premier tauchte ab und verschwand für fünf Tage von der Bildfläche, bis er Anfang Woche in seinem Regierungspalast mit historischer Miene vor ein Mikrofon trat und nach einem langen, bizarren Sermon über die «zu regenerierende Demokratie» endlich die Katze aus dem Sack liess: «Ich habe entschieden, weiterzumachen, sogar mit noch mehr Kraft.»

Peinliche Pirouetten

Eine Peinlichkeit sondergleichen. Ganz Spanien, das fünf Tage lang gebannt auf die finale Entscheidung des Regierungschefs wartete, schüttelt den Kopf. Auch im Ausland ist man über das bizarre Schauspiel überrascht und fragt sich, was den spanischen Premier da wohl geritten hat. Wollte er wie ein Caesar Imperator mit einem angeblichen Rücktritt politisch

punkten, um anschliessend per Volksakklamation – «Veni, vidi, vici» – zurückzukehren, so ist ihm die Farce glänzend missglückt. Obwohl er als unberechenbar gilt und stets gut ist für eine Überraschung, hatten viele – nicht nur aus dem Mitte-rechts-Spektrum – gehofft, er möge gehen. Mit dieser neuesten «Boutade», diesem wunderlichen Einfall, hat er seinem Ansehen und dem Amt des Ministerpräsidenten Spaniens geschadet.

«Sánchez gilt bei Freund und Feind als ein Kunstschmied der politischen Opportunität.»

Sánchez ist zunehmend Gefangener seiner Machenschaften. Seit fünf Jahren beherrscht er die politische Bühne des Landes; er hat sich als resilienter, geschickter Meister der Manipulation erwiesen. Seine vielen «Meinungsänderungen» sind berüchtigt. Er gilt bei Freund und Feind als ein Kunstschmied der politischen Opportunität. Lange hatte er beispielsweise unterstrichen, dass eine Amnestie für die katalanischen Separatisten verfassungswidrig sei und deshalb nicht in Frage komme. Im vergangenen Juli verlor er die Parlamentswahlen und war, um unbedingt an der Macht zu bleiben, auf die sieben Sitze der katalanischen Rechtspartei

Junts angewiesen. Resultat: eine massgeschneiderte Generalamnestie, die er und seine Gefolgsleute allen voran mit dem nach Brüssel geflohenen katalanischen Politiker Carles Puigdemont klandestin aushandelten. Die Empörung in ganz Spanien war riesig, jenseits der politischen Lager. Es kam zu Massenprotesten, aber der Premier blieb achselzuckend unbeirrt und trimmte seine Partei auf eine rigorose Geschlossenheit. Heute ist die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) nicht wiederzuerkennen.

Jefé Maximo

Sánchez allein bestimmt den Kurs. Seine Minister sind zu Claqueuren degradiert, die dem Jefe Máximo huldigen. Wer Kritik übt, wird aus der Partei ausgeschlossen. Sogar der ehemalige, historische Regierungschef Felipe González, ein sozialistischer Grande, ist auf Distanz zu Sánchez gegangen und warnt eindringlich, mit den Institutionen und mit der Verfassung behutsam umzugehen.

Pedro Sánchez benimmt sich so wie diejenigen, die einen Flächenbrand entfachen und dann tun, als bemühten sie sich, mutig das Feuer zu löschen. Mit seinen politischen Machenschaften und Ränkespielen hat er die Gesellschaft gespalten und radikalisiert. Der Premier ist zu einer Karikatur seiner selbst geworden und leidet offensichtlich unter einer wachsenden Hybris. Wie ein solches Gebaren endet, wussten schon die alten Griechen.

Aktuell auf www.fuw.ch

Das Gold geht nach China

Die Investmentnachfrage nach Gold schwächt sich ab. Abzulesen ist dies an den sinkenden Beständen in Gold-ETF. Anleger reagieren offensichtlich auf steigende Realzinsen, auf steigende Anleihenrenditen und auf einen stärkeren Dollar. Dass der Goldpreis dennoch gestiegen ist, liegt vermutlich an Goldkäufen aus China, wo Investoren nach Anlagealternativen suchen.

Preise für Wohneigentum sinken im ersten Quartal

Nach drei Anstiegen in Folge sind die Preise für Wohneigentum in der Schweiz im ersten Quartal gesunken. Der Schweizerische Wohnimmobilienpreisindex (IMPI) gab von Januar bis März 2024 im Vergleich zum Vorquartal um 1% auf 116,3 Punkte nach. Gegenüber dem Vorjahresquartal gab es allerdings eine Avance von 1,5%.

Spekulationen über Ende der Yuanstützung

Die chinesischen Währungshüter sind mit Stresssymptomen in der Landeswährung konfrontiert. Die Zinsdifferenz am Geldmarkt zwischen den USA und China hat den Dollar gegenüber dem Yuan aufwerten lassen. Die Frage ist, wie lange sich die chinesische Zentralbank weiter dagegenstemmen wird, vor allem falls der Abwertungsdruck am Markt weiter zunimmt.

FINANZ und WIRTSCHAFT invest



Investieren Sie in den **FuW Swiss 50 Index**, der im Gegensatz zum SMI kein Klumpenrisiko und mehr Aktien hat. Das Anlageprodukt ist pfandbesichert.
Valorennummer: 117 179 182



Das **FuW-Eco-Portfolio** enthält auserlesene Unternehmen, die eine CO₂-Reduktionsstrategie verfolgen und besonders aussichtsreich sind. Auch da gibt es neu ein Anlageprodukt mit Pfand.
Valorennummer: 117 179 725



Das **FuW-Risk-Portfolio** gibt es jetzt ebenfalls als Anlageprodukt mit Pfand. Unser Portfolio setzt seit 25 Jahren erfolgreich auf Schweizer Aktien mit dem gewissen Kick. Hier geht es auch darum, von Spezialsituationen zu profitieren.
Valorennummer: 117 179 723



Abgerundet wird unser Angebot vom **FuW-Value-Portfolio**. In der seit über zehn Jahren geführten Auswahl stehen reizvolle Value-Aktien mit Fokus Nordamerika und Europa.
Valorennummer: 117 179 724